

25

**Forderungen der Jugendverbände
für ein besseres Thüringen.**



Herausgeber:

Landesjugendring Thüringen e.V.
Johannesstraße 19
99084 Erfurt
www.ljrt-online.de



**Beschluss der 32. Vollversammlung des Landesjugendring
Thüringen e.V. vom 08. November 2008.**

Layout: Martin Fischer
Auflage: 2.500 Stück
Druck: flveralarm.de

Familie 4

Bildung 6

Demokratie 11

Soziales 13

Ökologie 16

Familie

Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die viele Bereiche des täglichen Lebens umfasst: Erwerbsleben, Kindererziehung und Freizeitgestaltung, Wohnen und Verkehr, Bildung und Gesundheit.

1

1. Forderung

Wir sind für die Ausweitung des Thüringer Erziehungsgeldes auf das 2. Lebensjahr bis zum vollendeten 3. Lebensjahr.

Hintergrund: In Thüringen gibt es seit 2006 das Thüringer Erziehungsgeld als Anschlussleistung an das ehemalige Bundeserziehungsgeld für Kinder im 3. Lebensjahr. Es staffelt sich in Höhe von 150 Euro für das erste Kind, 200 Euro für das zweite, 250 Euro für das dritte und 300 Euro für das vierte und jedes weitere Kind.

Das Thüringer Erziehungsgeld erhält jene Institution (anteilig), welche die Betreuung und Bildung des Kindes tagsüber durchführt: entweder die Familie, wo die Eltern dies selbst tun bzw. eine Tagesmutter oder die Kindertagesstätte. Ab 2007 gibt es das Bundeselterngeld, welches nach der Geburt für maximal 14 Monate gezahlt wird und den Einkommenswegfall für Familien abfangen soll (maximal 67 % des Erwerbseinkommens, höchstens 1.800 Euro, mindestens 300 Euro). Das Thüringer Erziehungsgeld gibt es erst im 3. Lebensjahr, so dass eine Lücke (2. Lebensjahr) entsteht. Die Lücke muss geschlossen werden.

2

2. Forderung

Wir fordern einen bedarfsgerechten Ausbau wohnortnaher frühkindlicher Betreuungsangebote, auch durch Anreize für Klein- und mittelständische Unternehmen, insbesondere im ländlichen Raum.

Hintergrund: Wichtig sind konkrete Maßnahmen, um Menschen bei ihrer Entscheidung für eine Familiengründung zu unterstützen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Thüringer Familien zu verbessern. Hierzu trägt eine wohnortnahe Betreuung durch Kindertageseinrichtungen

sowie durch Kindertagespflege (bis zum 3. Lebensjahr) bei. Kein Elternteil, das Familie und Beruf miteinander vereinbaren will oder muss, soll ohne Betreuungsangebot für sein Kind dastehen. Kleine Füße – kleine Wege. Im ländlichen Raum sind auch kleinere Einrichtungen zu erhalten. Klein- und mittelständische Unternehmen sollen angeregt werden, einen Beitrag hierfür zu leisten.

3. Forderung

Wir wollen eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt, insbesondere durch flexible Gestaltungsmöglichkeiten der Ausbildungs-, Studien- bzw. Arbeitszeit und den Ausbau von Telearbeitsplätzen.

3

Hintergrund: Insbesondere für junge Mütter und noch mehr für Alleinerziehende ist es außerordentlich schwierig, Familie und Berufs(-ausbildung) zusammen zu bringen. Hier sind noch stärker flexiblere Lösungen gefragt, die eine bessere Vereinbarkeit zum Ziel haben. Auch die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten, muss eine Alternative sein.

Bildung

Bildung ermöglicht Teilhabe an und Mitgestaltung in der Gesellschaft und stärkt damit Demokratie.

4

4. Forderung

Wir sind für ein längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 9 und stärkere individuelle Förderung des Einzelnen.

Hintergrund: Spätestens seit den alarmierenden Ergebnissen der Pisa-Studie gibt es in Deutschland eine neue Bildungsreformdiskussion, die in den letzten Jahren immer stärker wurde. Dabei kam auch zunehmend die „heilige Kuh“ des dreigliedrigen Schulsystems, auf den Prüfstand. Dieses Schulsystem sortiert Schülerinnen und Schüler schon im Alter von 10 Jahren in Schulzweige, die in den weiteren Jahren fast undurchlässig bleiben. Unzweifelhaft ist, dass dieses System Bildungskarrieren sehr früh und extrem abhängig vom Elternhaus festlegt. Nach den Pisa-Ergebnissen ist in keinem der hochentwickelten Länder der Bildungsabschluss so sehr von der sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland. Kinder aus armen bzw. bildungsfernen Familien erreichen dramatisch weniger höhere Bildungsabschlüsse. Dagegen ist in den Ländern mit längerem gemeinsamen Lernen das Gefälle deutlich geringer, in den skandinavischen Ländern, die am stärksten auf individuelle Förderung setzen, am geringsten.

5

5. Forderung

Wir sind für die Stärkung der Eigenständigkeit von Schule durch Übertragung weitgehender Entscheidungskompetenzen in personellen, finanziellen und pädagogischen Angelegenheiten auf die Schulkonferenz.

Hintergrund: Der wichtigste Weg künftiger Schulentwicklung ist die Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen. Ein Organ der Selbstorganisation ist die Schulkonferenz.

In dieser können Schülerinnen und Schüler, Eltern, Erzieherinnen/Erzieher und Lehrerinnen und Lehrer mitwirken und mitbestimmen. Eine dauerhafte, höhere schulische Bildungsqualität kann durch größtmögliche pädagogische und organisatorische Eigenverantwortung der Schulen erreicht werden. Die Schulen brauchen deutlich mehr Kompetenzen bei der Auswahl von Lehrkräften, bei der Personalentwicklung und Personalführung. Ebenso sollen sie ein eigenes Schulbudget erhalten, um u.a. daraus eigene Rechtsgeschäfte abschließen zu können.

6. Forderung

Wir wollen langfristig angelegte Orientierungen für anschließende Bildungswege in Studium und Beruf im Schulunterricht sowie längere, häufigere und qualitative Praktika mit dem Ziel einer stärkeren individuellen Unterstützung. Hierzu sind Qualitätsstandards zu entwickeln.



Hintergrund: Der Berufswahlprozess ist für viele Jugendliche schwierig. Die Schülerinnen und Schüler rechtzeitig, umfassend und differenziert über die in der Region gegebenen beruflichen Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten zu informieren, ist besonders wichtig.

Studien- und Berufswahlvorbereitung braucht einen besonderen Stellenwert in der Schulbildung. Jugendliche sollen auf das Arbeits- und Berufsleben kompetent und umfassend vorbereitet werden. Nur so sind Fehlorientierungen und Brüche in der Ausbildungsbiografie und letztlich auch im persönlichen Lebenslauf zu vermeiden. Studien- und Berufswahlvorbereitung muss zum Übergang in die reguläre Ausbildung bzw. ins Hochschulstudium beitragen.

Der Bezug zur realen Arbeits- und Berufswelt in der Methodik und Didaktik der Studien- und Berufswahlvorbereitung trägt dabei maßgeblich zum Gelingen der Berufs- und Lebensplanung der Jugendlichen bei. Mädchen und Jungen brauchen Wirtschaft und Technik zum „Anfassen“, um erworbene Kenntnisse in der Praxis anzuwenden und wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen. Und sie brauchen auch den persönlichen Kontakt zu Menschen in den Betrieben, deren Lebens- und Berufsbiografie für sie zum Vorbild wird. Deswegen sind mehr und bessere Praktika unerlässlich.

7. Forderung

Wir sind für mehr fächerübergreifende politische Bildung und Förderung vielfältiger und bedürfnisorientierter Beteiligungsmöglichkeiten.

Hintergrund: Die politische Bildung in der Schule ist gerade in Thüringen wichtig, denn um die Einstellung zur Demokratie ist es hier nicht zum Besten bestellt. Dies zeigt sich sehr deutlich in Umfrageergebnissen des Thüringen-Monitors, der seit einigen Jahren regelmäßig von der Thüringer Landesregierung in Auftrag gegeben wird: Nur ein gutes Drittel von 1000 Befragten Thüringerinnen und Thüringer sind mit der Demokratie als Idee und als Herrschaftspraxis zufrieden. Auf die Frage „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?“ antworteten im Jahr 2005 62% mit „ziemlich“ beziehungsweise „sehr unzufrieden“. Demokratie braucht politische Bildung und ist darauf angewiesen, dass die im politischen System handelnden Menschen ihre Bürgerrolle aktiv wahrnehmen.

Politische Bildung muss als eine Geisteshaltung verstanden werden, die sowohl auf das Verstehen von politischen Sachverhalten und Zusammenhängen gerichtet als auch von Verantwortung geprägt ist. Wenn es um politische Bildung und Demokratie geht, darf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen nicht vernachlässigt werden. Junge Menschen haben ein Recht auf Beteiligung an Entscheidungen, die sie betreffen. Partizipation ist aber nicht nur ein Recht junger Menschen, sondern auch ein Gewinn für alle Beteiligten. Die Erfahrungen erfolgreicher Beteiligungsvorhaben zeigen, dass an den Stellen, wo Kinder und Jugendliche in öffentlichen Angelegenheiten mitwirken, sich Qualität und Akzeptanz der Entscheidungen erhöhen. Durch die Zusammenarbeit mit den Schülerinnen und Schülern entwickeln sie Verantwortung für das eigene Handeln und Tun. Sie sollen durch die aktive Mitgestaltung und Partizipation Eigenverantwortung für die Schule, für den Unterricht und ihr Lernen übernehmen, denn Demokratie muss erfahren werden, um gelebt werden zu können.

8

8. Forderung

Wir fordern, dass unterrichtsbegleitende Nebenkosten durch die Schule übernommen werden.

Hintergrund: Eine fortschrittliche und sich stets weiterentwickelnde Gesellschaft muss der heranwachsenden Generation auch zeitgemäße Bildungschancen eröffnen. Damit ist unter anderem die Forderung nach einer zeitgemäßen Sachausstattung und Unterrichtsmaterial der Schulen verbunden. Die Kosten, die eine Schülerin/ein Schüler im Schuljahr für Stifte, Hefte, Kunstmaterialien, Sportsachen etc., aber auch für Exkursionen u.ä. aufwenden muss, stellen gerade in sozial schwachen Familien große Probleme dar. Wir sehen da die Schulen in der Verantwortung, eine echte Lern- und Arbeitsmittelfreiheit herzustellen.

9. Forderung

Wir wollen keine Studiengebühren bis Diplom- (Staatsexamen) bzw. Masterabschluss im Erststudium.

Hintergrund: Bisher gibt es in Thüringen keine Studiengebühren, im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern, wo Studentinnen und Studenten pro Semester bis zu 500 Euro bezahlen müssen. Wir wollen, dass das Erststudium bis zum Diplom / Master frei bleibt von Studiengebühren.

10. Forderung

Wir wollen eine stärkere Würdigung und Förderung einer vielfältigen Jugendverbandsarbeit als Sozialisationsinstanz und als außerschulischen Bildungsort.

Hintergrund: 378.000 Kinder und Jugendliche sind in über 115 landesweit tätigen Thüringer Jugendverbänden organisiert. Dort lernen sie Mitwirken, -gestalten und -entscheiden. Nicht nur Schulen sind Lern- und Bildungsorte,

sondern auch Jugendverbände mit ihrem vielfältigen außerschulischen Bildungsangebot. Die Thüringer Jugendverbände leisten somit einen enormen gesellschaftlichen Beitrag und sind daher stärker zu fördern und in ihrer außerschulischen Bildungsarbeit zu stärken.

11

11. Forderung

Wir fordern eine regelmäßige, verbindliche Fortbildungspflicht für Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen sowie Erzieherinnen/Erzieher im Bildungsbereich und die Bereitstellung entsprechender Mittel durch den jeweiligen Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

Hintergrund: Das Land und die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe stellen sehr wenig Mittel für die Fortbildung bereit, obwohl lebenslanges Lernen auch Fortbildung umfasst und auch entsprechend unterstützt werden muss. Was für Lehrerinnen und Lehrer gilt, soll auch für andere, im Bildungsbereich Tätige gelten. Für Lehrerinnen und Lehrer ist mit dem Lehrerbildungsgesetz nicht nur die Pflicht zur Fortbildung eingeführt worden, sondern das Land trägt auch die Fortbildungskosten. Die Schlechterstellung des Sozialbereiches muss umgehend aufgehoben werden.

Demokratie

Demokratie bedeutet Volksherrschaft. Das geschieht insbesondere, indem Bürgerinnen und Bürger sich bei der Gestaltung des politischen Lebens in Parteien, Bürgerinitiativen u.a.m. beteiligen, das Volk seine Interessenvertretung wählt oder direkt Entscheidungen durch Volks- bzw. Bürger(innen)entscheide herbeiführt oder über andere Formen der Beteiligung Entscheidungen beeinflusst.

12. Forderung

Wir wollen eine Absenkung des aktiven Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahl auf 16 Jahre.

12

Hintergrund: In Thüringen liegt das Mindestalter, um wählen zu können, immer noch bei 18 Jahren. Politische Entscheidungen orientieren sich häufig an den Interessen der Wähler und stellen Weichen für die Zukunft. Jugendliche, die Zukunft bedeuten, sind politisch interessiert, aber zum großen Teil bei politischen Zukunftsentscheidungen aufgrund ihres Alters ausgeschlossen. Parteien wollen gewählt werden. Daher richten sie ihre Politik vor allem nach den Zielgruppen aus, die die meisten Stimmen bringen, und das sind schon heute die Älteren. Da unsere Gesellschaft immer älter wird, brauchen wir einen fairen Interessenausgleich zwischen den Generationen. Jugendliche wollen für sich und andere Verantwortung übernehmen und ihre eigene Zukunft aktiv mitgestalten. Dazu ist das Wahlrecht eine ganz wesentliche Sache.

13. Forderung

Wir wollen die Verankerung des Rechts auf Partizipation von Kindern und Jugendlichen an den sie betreffenden und gewünschten Entscheidungen in den Kommunen in lokal angepassten und bedürfnisorientierten Formen und Verfahren.

13

Hintergrund: Bei vielen Entscheidungen in der Gemeinde, die Kinder und Jugendliche betreffen, sind sie nicht be-

teilt. Die Kommunalordnung sieht dieses Allgemeinrecht nicht vor. Das muss sich ändern, denn Kinder und Jugendliche wollen sich an der Kommunalpolitik aktiv beteiligen und beteiligt werden.

14

14. Forderung

Wir fordern das Verbot aller rechtsextremistischen Organisationen und die Entwicklung eines Gesamtprogrammes „Für ein tolerantes und weltoffenes Thüringen“.

Hintergrund: Immer noch gibt es in Thüringen zahlreiche rechtsextremistische Strömungen. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus in all seinen Ausprägungen – Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Neofaschismus, Gewaltbereitschaft sollte oberstes Ziel einer jeden Bürgerin/eines jeden Bürgers sein.

Doch neben zivilgesellschaftlichem Engagement ist hier auch staatliches Handeln gefragt. Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Deutschland darf nicht verherrlicht werden. Hier muss sich die Demokratie dagegen stellen und das scharfe Mittel des Verbotes einsetzen.

Bei allen Verbotsforderungen ist klar: Repressionen macht aus Nazis keine Demokraten.

Präventionsarbeit soll früh ansetzen und rechtsextremistischer Orientierung vorbeugen. Es gilt, mehr Angebote zu schaffen, die Alternativen zur rechtsextremen Ideologie aufzeigen.

Soziales

Bereiche wie die Grundsicherung der Bürgerin/des Bürgers, Versicherungsschutz oder Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sind wichtige Themen die eine Landesregierung in ihren Fokus nehmen sollte.

15. Forderung

Wir sind für die Einführung einer elternunabhängigen Grundsicherung für junge Menschen bis zum Abschluss der Erstausbildung.

15

Hintergrund: In Thüringen erhalten mehr als 1/5 aller Kinder unter 15 Jahren soziale Transferleistungen. Dies wird gezahlt, wenn die Familie Arbeitslosengeld II bezieht oder Sozialhilfe bzw. Hilfe als Asylbewerber oder Flüchtling bezieht. In den größeren Städten Thüringens ist der Prozentsatz sogar bis weit über 30%.

Auch wenn Armut sich im unterschiedlichen sozialen Kontext oder in den unterschiedlichen Ländern und Kontinenten unterschiedlich darstellt, ist es inzwischen unstrittig, dass wir hier in Deutschland als einem der reichsten Länder wieder Armut und die damit verbundenen Probleme haben. Armut wird hier definiert, wenn Personen bzw. Familien weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung steht. Kinder und Jugendliche sind davon besonders betroffen, und sie können die Situation von sich aus nicht ändern. Deshalb fordern wir schon lange eine elternunabhängige Grundsicherung. Diese sollte eine angemessene Finanzierung der Lebenshaltungskosten, einschließlich der Ausbildungskosten ermöglichen.

Armut wirkt sich unmittelbar auf die Lebenschancen und -möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen aus. Sie werden damit in der Wahrnehmung der Möglichkeiten für die „Entwicklung einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ eingeschränkt und der Auftrag, „positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien ... zu erhalten oder zu schaffen“ (SGB VIII, § 1) wird bisher nicht ausreichend erfüllt.

16

16. Forderung

Wir wollen mehr Integrationsangebote, auch durch dezentrale Unterbringung und zusätzliche Sprachkurse für junge Menschen mit Migrationshintergrund.

Hintergrund: Die Zukunft der deutschen Gesellschaft wird multiethnisch und interkulturell geprägt sein. Deutschland ist schon lange ein Einwanderungsland und es wird zukünftig noch stärker auf Migrantinnen und Migranten angewiesen sein. Darauf muss sich die deutsche Gesellschaft einstellen. Angesichts der Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, muss es gelingen, strukturelle und kulturelle Voraussetzungen zu schaffen, welche die Integration der unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen in die demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse der Bundesrepublik und genauso auch speziell in Thüringen ermöglichen. Veränderte Einwanderungsrealität erfordert auch in Thüringen eine Überarbeitung der Konzipierung der Migrations- und Integrationspolitik.

17

17. Forderung

Wir sind für eine Überarbeitung des Gleichstellungsgesetzes für Menschen mit Behinderung, das Barrierefreiheit sichert.

Hintergrund: Der Thüringer Landtag verabschiedete 2005 das Thüringer Gesetz zur Gleichstellung und Verbesserung der Integration von Menschen mit Behinderungen (Thür-GIG). Ziel des Gesetzes ist es unter anderem, Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu verhindern und bestehende Benachteiligungen zu beseitigen. Es gilt für Land und Kommunen. Allerdings sei bei der Ausgestaltung von Rechten und Pflichten nach diesem Gesetz die Leistungsfähigkeit der kommunalen Träger öffentlicher Verwaltung zu berücksichtigen. Die entsprechenden Kosten müssten vertretbar sein.

Gleichstellung bedeutet, dass Menschen mit Behinderung in grundlegenden Bürgerrechten gleiche Chancen, Teilhabe- und Wahlmöglichkeiten haben wie nichtbe-

hinderte Menschen. Besonders betrifft das die Bereiche Bildung und Arbeit, Wohnen, Öffentlicher Personenverkehr, Kommunikation und öffentliche Räume.

18. Forderung

Wir fordern eine Einführung der Pflicht zu gesundheitlicher Vorsorgeuntersuchung für Kinder, mindestens einmal jährlich.

18

Hintergrund: Nicht alle Kinder nehmen an den freiwilligen Vorsorgeuntersuchungen teil. Das entscheiden ihre Eltern. Da Kinder das Recht auf bestmögliche gesundheitliche Versorgung und Schutz haben, dieses jedoch nicht von allen Eltern eingelöst wird, ist zum Schutz der Kinder eine Pflichtvorsorge unabkömmlich.

19. Forderung

Wir unterstützen die Einführung des Faches Gesundheitserziehung an Schulen.

19

Hintergrund: Übermäßiger Alkoholkonsum ist bei Jungs im Trend; bei Mädchen gilt Rauchen als schick. Partydrogen in der Disko bleiben Dauerbrenner. Gesundheitsbewusstsein ade? Der jüngste Drogenbericht der Bundesregierung zieht eine ernüchternde Bilanz. Bei jungen Leuten ist der zeitweilige Rückgang des Zigaretten- und Alkoholkonsums nicht von Dauer gewesen. Der Trend läuft wieder in die falsche Richtung. Das Thema Gesundheit muss an Schulen neu angefasst werden. Das Ziel: Gute Gesundheitsprogramme möglichst früh zum Bestandteil des Schulalltags zu machen. Denn 14-, häufig sogar schon 12-Jährige sind mit Gesundheitsargumenten gegen die großen Verführer Rauchen, Alkohol, Psychodrogen und Junkfood kaum noch zu erreichen. Kinder und Jugendliche sollen ein positives Verhältnis zu ihrem Körper entwickeln, ihn als schützenswert begreifen und zwischen Genuss und Sucht unterscheiden lernen. Die Schule muss für Gesundheitserziehung sorgen, insbesondere da, wo Unterstützung der Elternhäuser nötig ist.

Ökologie

*»Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt«.
 „Das Recht auf Entwicklung muss so verwirklicht werden,
 dass den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen der
 heutigen und der kommenden Generationen in gerechter
 Weise entsprochen wird.“ (Erklärung der Vereinten Natio-
 nen über Umwelt und Entwicklung vom 3. bis 14. Juni 1992
 in Rio de Janeiro - Grundsatz 3)*

*Zum persönlichen Engagement jedes Einzelnen, im Ein-
 klang mit der Natur zu leben und sein Verhalten ökologisch
 auszurichten, bedarf es einer nachhaltigen Umweltpolitik.
 Die Kombination von Umfang und Geschwindigkeit der
 technischen Veränderungen und Belastungen, sowie die
 ständig wachsenden Bedürfnisse der Menschen nach Mo-
 bilität, Konsum und Energie haben den Umweltschutz zu
 herausragender Bedeutung geführt, ihn zu einer Überle-
 bensfrage der Menschheit werden lassen. Die Verantwor-
 tung für die Umwelt erfordert konsequentes politisches
 Handeln. Umwelt und Natur sind gemeinsames Gut aller
 Menschen und Generationen. „Global denken und lokal
 handeln“ erfordern einen schonenden Umgang mit den
 Ressourcen und keine Verlagerung der Kosten und der
 Auswirkungen auf kommende Generationen oder andere
 Länder.*

20

20. Forderung

Wir fordern ein ökologisches Verkehrskonzept mit sozialverträglichen Preisen, ohne Ausgrenzung von Dörfern, ohne lange Wartezeiten, mit weniger Klima schädigenden Abgasen, den weiteren Radwegeausbau, sowie die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schienen.

Hintergrund: Um den Mobilitätsanforderungen im Berufsleben gerecht zu werden, sind viele Thüringerinnen und Thüringer auf die Nutzung eines Autos angewiesen. Das dadurch bedingte Verkehrsaufkommen schädigt maßgeblich und nachhaltig das Klima und verbraucht immer knapper werdende Ressourcen. Deswegen brauchen wir

einen bezahlbaren und flächendeckenden, den Mobilitätsansprüchen gerecht werdenden einladenden Öffentlichen Personennahverkehr, der auch die Freizeitbedürfnisse vor allem junger Menschen gerade im ländlichen Raum berücksichtigt. Immer mehr Güter werden auf der Straße transportiert. Der Transitverkehr durch Thüringen hat mit der Erweiterung der Europäischen Union und der Erschließung neuer Märkte und Produktionsmöglichkeiten vor allem im Osten Europas zugenommen und wird noch weiter steigen. Die Autobahnen sind zur "Lagerstätte" der Speditionsfirmen geworden und werden zunehmend durch den LKW-Verkehr blockiert. Mit steigendem Transport- und Verkehrsaufkommen steigt auch die Verschmutzung der Umwelt. Deswegen muss der Transport von Gütern konsequent von der Straße auf die Schiene verlagert und die entsprechende Infrastruktur geschaffen werden.

Der Möglichkeit, sich gesundheitsfördernd und umweltfreundlich fortzubewegen, dient der Ausbau des Fahrradwegenetzes in Thüringen, der gleichzeitig auch den fahrdtouristischen Bedürfnissen gerecht wird.

21. Forderung

Wir fordern eine verstärkte nachhaltige Forschung und Entwicklung regenerativer Energieerzeugung sowie die Schaffung von Anreizen zur Umsetzung.

21

Hintergrund: Die natürlichen Energieressourcen stehen nicht unendlich zur Verfügung. Schon jetzt beginnt der Kampf um die wertvollen Energieträger. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann am eigenen Geldbeutel spüren, dass die knapper werdende Energie immer teurer und für manchen unbezahlbar wird. Regenerative Energieerzeugung bedeutet aber auch Unabhängigkeit von Erdöl und Erdgas fördernden Ländern und trägt zur Befriedung der Welt bei.

Der Forschung und Entwicklung regenerativer Energieerzeugung kommen in diesem Zusammenhang eine immer größere Bedeutung zu. In der akademischen Lehre und Weiterbildung sind sozial-ökologischen Themen und Expertisen nur gering verankert, so dass deren Strukturen bislang wenig auf die veränderten Problemlagen reagieren. Zudem gibt es keine ausreichende Finanzierung von langfristigen, nicht projektförmigen Aktivitäten im Bereich der Forschung, Ausbildung und Lehre der nicht grundfinanzierten Forschungseinrichtungen.

22

22. Forderung

Wir fordern verbrauchsabhängige Müllgebühren und eine Förderung der Müllvermeidung, auch durch Schaffung von Anreizen für umweltbewusstes Verhalten.

Hintergrund: Das schon vorhandene Bewusstsein der Bevölkerung für Müllvermeidung und Mülltrennung wird weiter gefördert, indem die Müllgebühren dem tatsächlichen Verbrauch entsprechend erhoben werden. Darüber hinaus sind Schulen und Träger der außerschulischen Bildung verstärkt angehalten, die Zusammenhänge zwischen dem eigenen Lebensstil und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Umwelt zu thematisieren und entsprechende Bildungsangebote zu unterbreiten.

23

23. Forderung

Wir fordern verstärkte Kontrollen und höhere Strafen bei Umweldelikten.

Hintergrund: Die fahrlässige bzw. bewusste Verschmutzung der Umwelt ist kein Kavaliersdelikt. Das Umweltstrafrecht muss dahingehend verändert werden, dass Strafen für Umweldelikte wirksamer und abschreckender gefasst werden. Dazu gehört vor allem auch, dass die Kontrolle der Einhaltung der Gesetze zum Schutz der Umwelt verstärkt und Umweldelikte zeitnah geahndet werden. Durch Aufklärungsmaßnahmen ist ein Bewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen, um präventiv Umweltstraftaten vorzubeugen.

24 Forderung

Wir fordern eine verstärkte Förderung von Betrieben mit ökologischer Ausrichtung.

24

Hintergrund: Die Zukunft unserer Umwelt liegt in erster Linie in den Händen von Unternehmen wie auch von Konsumenten! Viele aus beiden "Lagern" haben längst erkannt, dass sich der Schutz der Umwelt "rechnet" und sich, auch abseits des rein Wirtschaftlichen, immer wieder positiv bemerkbar macht. Dennoch ist nach wie vor die Politik gefordert, Anreize zu schaffen und gesetzliche Rahmenbedingungen vorzugeben, die einerseits die Wirtschaft und andererseits die Konsumenten einladen, unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit Produktionsabläufe und Konsumverhalten zu verändern. Dem dient auch die Förderung eines nachhaltigen Beschaffungswesens, dass bewusst Produkte berücksichtigt, die unter ethischen und ökologischen Gesichtspunkten hergestellt wurden. Auch der weiteren Markteinführung von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen kommt eine ebenso große Bedeutung zu wie der Förderung der Vermarktung von Erzeugnissen des ökologischen Landbaus. Bei der Wirtschaftsförderung Thüringens sind ökologische Aspekte zu berücksichtigen.

25. Forderung

Wir fordern die Durchsetzung des Gebots des minimalen Verpackungseinsatzes, auch durch ein Verbot übergroßer Verpackungen, ein Verbot von Plastiktüten sowie durch Einführung einer Strafsteuer auf ökologisch schädliche Verpackungsarten.

25

Hintergrund: Viele Verpackungen täuschen durch leeren Raum, größere Schilder etc. viel Inhalt vor (teilweise mehr als 30 % Übergröße). Plastiktüten sind nur ein Aspekt umweltschädigender Verpackungen. Es geht auch um die Förderung von Stärke-, Papp-, Papier- und Mehrwegverpackungen.



Landesjugendring Thüringen e.V.
Johannesstraße 19
99084 Erfurt
www.yougend.com